



Deutsch-Ungarische
Industrie- und Handelskammer
Német-Magyar
Ipari és Kereskedelmi Kamara

Presseinformation

10. April 2008

Freigegeben ab: 10. April 2008, 11:00 Uhr

Unsicherheit belastet Unternehmen

DUIHK stellt jährlichen Konjunkturbericht vor

Deutsche und andere ausländische Unternehmen bemängeln vor allem die Unsicherheit in Bezug auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und auf die künftige konjunkturelle Entwicklung des Landes. Dies bestätigt die jüngste Konjunkturumfrage der DUIHK, die in diesem Jahr zum 14. Mal durchgeführt wurde, und an der sich neben Mitgliedsunternehmen der DUIHK auch mehrere andere europäische Firmen, insbesondere Mitglieder der Britischen Handelskammer (BCCH) beteiligt haben.

Bei der Präsentation des Konjunkturberichts am Donnerstag betonte DUIHK-Präsident Tamás Vahl, dass die Investitionsbereitschaft der Unternehmen beeinträchtigt werde, wenn verlässliche Parameter für die unternehmerische Planung fehlen.

Verunsichert sind die Unternehmen laut Umfrage zum einen über den zu erwartenden Kurs der Wirtschaftspolitik, insbesondere hinsichtlich des Steuersystems und der notwendigen Reformen in den Sozialsystemen. Zum anderen bieten auch die konjunkturellen Unsicherheiten Anlass zur Sorge.

Trotz der schwierigen Bedingungen würde jedoch die große Mehrheit der Firmen – nahezu drei Viertel – auch heute wieder Ungarn als Investitionsstandort wählen, was darauf schließen lässt, dass das Engagement in Ungarn insgesamt erfolgreich ist,

Im Vergleich zum Vorjahr konstatieren die Unternehmen allerdings nach wie vor keine Verbesserung des Investitionsklimas, in vielen Fragen fiel ihr Urteil sogar schlechter aus als im Vorjahr. Den größten wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf sehen die Unternehmen in den Feldern Steuersystem, Schwarzarbeit und Korruption, Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik, Verwaltung und politische Stabilität.

Investitionen und Beschäftigungsaufbau trotz schwieriger Konjunkturlage

Dem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld in Ungarn können sich auch die deutschen Firmen nicht entziehen. 57% aller Befragten meinten, die Wirtschaftslage des Landes sei schlecht, gerade einmal 1% bewerteten sie als gut. Für das laufende Jahr rechnet zwar noch immer gut ein Drittel der Befragten mit einer weiteren Verschlechterung, allerdings glauben wieder etwas mehr Firmen als im Vorjahr, dass die Situation sich im laufenden Jahr wieder bessert.

Das eigene Unternehmen sehen die Befragten – wie schon in den Vorjahren – besser aufgestellt als die Wirtschaft insgesamt. Sowohl hinsichtlich der gegenwärtigen Lage als auch der Aussichten für das laufende Jahr änderte sich der Saldo von positiven und negativen Antworten gegenüber dem Vorjahr kaum und zeigt erneut ein deutliches Übergewicht der Optimisten.

Optimistisch stimmt auch, dass die Unternehmen trotz des schwierigen konjunkturellen Umfeldes ihre Investitions- und Beschäftigungspläne offensichtlich an langfristigen Strategien ausrichten. Mit Investitionen halten sich die Unternehmen allerdings etwas mehr zurück: nur noch 28% wollen ihre Investitionsausgaben erhöhen, die Mehrheit (48%) will auf dem Niveau des Vorjahres investieren.

Auch 2008 wollen jedoch deutlich mehr Firmen ihr Personal aufstocken (39%) als verringern - nur 13% planen einen Personalabbau.

Faktor Arbeit: zufriedenstellend, aber Kosten steigen

In der Rangfolge der investitionsentscheidenden Standortfaktoren haben sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringe Verschiebungen ergeben. An erster Stelle unter den untersuchten 25 Faktoren steht in diesem Jahr die Steuerbelastung (gegenüber Rang 3 im Vorjahr), aber nach wie vor finden sich unter den 10 wichtigsten Entscheidungskriterien fünf, die den Faktor Arbeit betreffen.

Gerade deshalb ist es erfreulich, dass die meisten Faktoren, die den Arbeitsmarkt betreffen, bei der Zufriedenheit unverändert gute und teilweise sogar bessere Werte

erreichten als im Vorjahr. Allerdings gibt es zwei Ausnahmen, die den Unternehmen Sorgen bereiten: Die Verfügbarkeit von Fachkräften und die Arbeitskosten.

Bei den Arbeitskosten sank die Zufriedenheit in den vergangenen Jahren deutlich von Rang 10 im Jahr 2006 auf Rang 19 in diesem Jahr, jedes fünfte Unternehmen äußerte sich „sehr unzufrieden“. Ähnlich schlecht fiel das Urteil hinsichtlich der Verfügbarkeit von Fachkräften aus. Sorgen macht dabei vor allem, dass bereits fast jedes zweite Unternehmen angab, dass das Fehlen von Fachkräften negative wirtschaftliche Auswirkungen auf das Unternehmen habe, bei jedem zehnten Unternehmen sogar sehr negative.

Wirtschaftspolitik: Keine Verbesserung der Rahmenbedingungen

Am meisten schmerzen die Unternehmen jedoch die Themen Steuern, Bürokratie, fehlende Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik, mangelnde Transparenz bei Ausschreibungen sowie Korruption. Seit nunmehr drei Jahren teilen sich diese fünf Themen die untersten fünf der insgesamt 25 Ränge auf der Zufriedenheitsskala, der Grad der Unzufriedenheit hat in diesem Jahr noch einmal zugenommen.

Im Zusammenhang mit dem Steuersystem wies Tamás Vahl jedoch darauf hin, dass niedrige Steuersätze allein keine Garantie für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum sind. „Ungarns Unternehmenssteuersätze sind im internationalen Vergleich eher moderat“, so Vahl, „das Probleme liegt vielmehr der Kompliziertheit des Systems, die Steuervermeidung fördert. Eine effektive Steuerreform muss daher mit einer grundsätzlichen Vereinfachung des Systems einhergehen, und gleichzeitig Maßnahmen zur massiven Zurückdrängung der Schattenwirtschaft beinhalten. Ohne ein solches komplexes Paket würde jede Steuersenkung ohne positive Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung bleiben, und lediglich zu neuen Risiken im Staatshaushalt führen.“

Dies bestätigte auch der Präsident der Britischen Handelskammer in Ungarn, István Varga. Bei der Vorstellung des Berichts betonte Varga, dass für die Wirtschaft unter den Hauptprobleme Korruption und der Mangel an Fachkräften an vorderster Stelle stehen, aber nach wie vor seien die Firmen auch darüber unzufrieden, dass das Steuersystem zu bürokratisch, intransparent und unberechenbar sei. „Die britischen Unternehmen wollen in einer berechenbaren, transparenten und planbaren Umgebung arbeiten.“

Ungarn verliert an Attraktivität gegenüber anderen Ländern

In der Umfrage zeigte sich, dass Ungarn gegenüber alternativen Investitionsstandorten an Attraktivität eingebüßt hat und nur noch im Mittelfeld rangiert. Im Vergleich mit 18 Ländern Mittel- und Osteuropas (sowie Deutschlands und Chinas) als Investitionsstandort rangiert Ungarn in der diesjährigen Umfrage auf Platz 11, also deutlich schlechter als in den beiden Vorjahren (Rang 4).

Auf dem ersten Platz wurde übrigens Tschechien von Rumänien verdrängt, an dritter Stelle folgt die Slowakei. Gerade die beiden Nachbarländer Rumänien und Slowakei werden also immer stärker als Alternativstandorte wahrgenommen.

Allerdings wies Tamás Vahl darauf hin, dass die Antworten die Meinung der bereits in Ungarn ansässigen Unternehmen widerspiegeln – potentielle Investoren aus dem Ausland könnten also durchaus andere Prioritäten setzen. Zum anderen konnten weder die DUIHK noch die BCCH bisher nennenswerte Abwanderungspläne beobachten, zugleich kamen im vergangenen Jahr allein aus Deutschland ca. 580 Millionen Euro Beteiligungskapital neu nach Ungarn. Hinzu kommen die Reinvestitionen bereits etablierter Unternehmen, die nach MNB-Angaben 2007 sogar ein Rekordniveau erreichten.

Die Erstellung des Konjunkturberichts wurde auch in diesem Jahr von der Magyar Külkereskedelmi Bank Nyrt. unterstützt.

Der komplette Konjunkturbericht steht auf der Homepage der DUIHK zum Download zur Verfügung (www.duihk.hu/publikationen/konjunkturbericht)

Kontakt:

Dirk Wölfer, DUIHK, Bereichsleiter Corporate Communications

Tel.: +36/1/345 7624, E-Mail: woelfer@ahkungarn.hu